

Antrag an den 3. Bundesparteitag (1. Tagung)

EinreicherInnen: Bodo Ramelow (Thüringen), Halina Wawzyniak (Berlin), Sebastian Koch (Berlin), Thorsten Schulte (Nordrhein-Westfalen), Ilja Braun (Berlin), Katja Jösting (Berlin), Tilman Loos (Sachsen), Peter Lahn (Thüringen), Julia Bonk (Sachsen), Christoph Nitz (Berlin), Gregor Henker (Sachsen), Martin Haller (Berlin), Manuela Schon (Landesvorstand Hessen), Martin Schmielau (Schleswig-Holstein), Jürgen Scheele (Hessen), Kreszentia Flauger (Niedersachsen), Katharina König (Thüringen), Jan Wagner (Sachsen-Anhalt), Thomas Dudzak (Sachsen), Petra Sitte (Sachsen-Anhalt), Dennis Jannack (Sachsen-Anhalt), Michael Bohlender (Bayern), Benjamin Winkler (Sachsen), Juliane Witt (Berlin)

Die digitale LINKE ausbauen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Wunsch nach Transparenz, direkter Beteiligung und mehr Mitbestimmung der Menschen in der Politik bewegt heute viele mehr denn je. Direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung an Planungsverfahren oder die Offenlegung von Bezügen von PolitikerInnen finden breite Zustimmung in der Bevölkerung. Klassische Parteienpolitik, Hinterzimmer-Runden und intransparente Entscheidungsfindungen sind dagegen ein Grund für verbreitete Parteienverdrossenheit.

Die Kritik richtet sich an die etablierten Parteien. Will DIE LINKE in dieser Auseinandersetzung bestehen, muss sie Forderungen nach Transparenz und Mitbestimmung ernst nehmen, gerade weil die Demokratisierung der Gesellschaft zu ihrem programmatischen Kern gehört. Sie muss daher auch Formen und Wege ihres innerparteilichen Diskussions- und Willensbildungsprozesses neu diskutieren und ganz praktisch ändern. Um in Zukunft mehr Menschen die Beteiligung an Debatten und Entscheidungen zu ermöglichen, sind digitale Orte der transparenten Diskussion und der Entscheidung ein zusätzliches wichtiges Instrument. Liquid Democracy ist eine Idee, mit der DIE LINKE in der Debatte um das neue Parteiprogramm bereits erste praktische Erfahrungen sammeln konnte. Auch die Diskussion um den Stellenwert von Netzpolitik im Parteiprogramm, die von der BAG Netzpolitik und weiteren Mitgliedern angestoßen wurde, hat gezeigt, dass sich DIE LINKE auf den Weg gemacht hat, die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft anzugehen. Damit wir in der Debatte um Netzpolitik und der praktischen Realisierung auch internetbasierter Transparenz und Beteiligung bestehen, brauchen wir umfassende Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, um uns das nötige Handwerkszeug anzueignen. Erfahrene Partnerinnen und Partner können dabei unserer Partei mit ihren Erfahrungen und Schulungsangeboten zur Seite stehen.

Auch die Außendarstellung und Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei und aller Gliederungen muss sich noch mehr als bisher den Anforderungen der digitalen Mediengesellschaft und der Verbreitung von Nachrichten und Informationen im Internet und den sozialen Netzwerken stellen. Die digitalen Angebote unserer Partei müssen ständig überprüft, erweitert und ausgebaut werden. Unser Ziel: Mehr LINKS im Netz, mehr Transparenz und mehr Beteiligung.

DIE LINKE richtet unter der Federführung der Bundesgeschäftsführung und unter Beteiligung der BAG Netzpolitik sowie weiteren Akteuren, wie zum Beispiel der Linken Medienakademie e.V., der AG Politische Bildung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine offene Projektgruppe zur digitalen Weiterentwicklung unserer Partei ein. Diese wählt eine Arbeitsweise, die es allen Genossinnen und Genossen über Online-Zusammenarbeit ermöglicht, die Arbeit der Projektgruppe zu verfolgen, zu begleiten und sich in die Debatten und Entscheidungen einzubringen. Die Projektgruppe erstellt einen Vorschlag für einen Arbeits- und Maßnahmenplan zur konsequenten Verbesserung unserer (digitalen) Beteiligungs- und Kommunikationsstrategie. Dabei gilt es, strikte Barrierefreiheit bei

allen Angeboten und Instrumenten zur Beteiligung zu gewährleisten. Zudem soll auch ein Konzept für konkrete Bildungs-, und Schulungsangebote entwickelt werden. Es ist zwingend erforderlich, dass das Handwerkszeug digitaler Kommunikation schneller, präziser und zielgerichteter als Basisinstrument in die tägliche Arbeit unserer Partei einfließt.

Ziel der LINKEN ist es, Möglichkeiten für mehr direkte Beteiligung der Mitglieder und die Einbindung von Nicht-Mitgliedern zu schaffen. Bei allen Maßnahmen für mehr Beteiligung und Mitbestimmung muss die Mitgliederstruktur unserer Partei berücksichtigt und die Instrumente entsprechend ausgestaltet werden. Auch bereits bestehende Bemühungen auf allen Ebenen der Partei zur stärkeren Einbeziehung von Mitgliedern und BürgerInnen in Debatten und Entscheidungen müssen unterstützt und in die Arbeit integriert werden.

Die Projektgruppe erarbeitet konkrete Vorschläge, wie digitale Werkzeuge für die Kommunikation innerhalb der Mitgliedschaft sowie mit interessierten Nicht-Mitgliedern und für die Kommunikation nach außen in allen Gliederungen der Partei noch besser als bisher eingesetzt werden können. Ein Ziel ist es, einen Werkzeugkasten und „Bedienungsanleitungen“ zu schaffen, aus dem sich die Gliederungen der Partei DIE LINKE nach ihren Bedürfnissen bedienen können.

Um eine umfassende Beteiligung an der Debatte, der Erarbeitung und eine flächendeckende Umsetzung zu gewährleisten, wird auch die Einrichtung entsprechender Projektgruppen in den Landesverbänden angeregt.